

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Bearbeiterverzeichnis	XLEVII
Literaturverzeichnis	XLIX
Abkürzungsverzeichnis	LV

KAPITEL 1

Allgemeine Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung und Rechtsbehelfe

A. Grundlagen der Zwangsvollstreckung	3
B. Die allgemeinen und besonderen Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	35
C. Die Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung	124

KAPITEL 2

Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in körperliche Gegenstände durch den Gerichtsvollzieher

A. Vollstreckungsauftrag und Zahlungsvereinbarungen	177
B. Die Pflicht des Schuldners zur Vermögensauskunft und zur Vermögensoffenbarung	198
C. Die Pfändung körperlicher Gegenstände	253

KAPITEL 3

Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in Forderungen und sonstige Vermögensrechte

A. Pfändung von Forderungen – Allgemein	301
B. Pfändung von Arbeitseinkommen	400
C. Pfändung von Sozialleistungen	570
D. Die Zwangsvollstreckung in sonstige Vermögensrechte	577
E. Die Zwangsvollstreckung in Grundpfandrechte	616
F. Die Zwangsvollstreckung in Ansprüche auf Leistung oder Herausgabe einer Sache	637
G. Amtliche Muster für den Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses	649

c) Die Zwangsvollstreckung wegen Vornahme einer Handlung (§§ 887, 888 ZPO)	19
d) Die Zwangsvollstreckung wegen Duldung und Unterlassen (§ 890 ZPO)	19
e) Die Zwangsvollstreckung wegen Abgabe einer Willenserklärung (§ 894 ZPO)	20
3. Die Zwangsvollstreckung nach dem Objekt des Vollstreckungszugriffs	20
4. Die zur Zwangsvollstreckung berufenen Organe	21
a) Der Gerichtsvollzieher	21
b) Das Vollstreckungsgericht	22
c) Das Grundbuchamt	23
d) Das Prozessgericht	23
e) Die Bedeutung der Zuständigkeit	24
IV. Taktik der Zwangsvollstreckung und Forderungsmanagement	24
1. Strategien zur Vermeidung der Notwendigkeit von Zwangsvollstreckung	24
2. Vermeidung der Vollstreckungsgefahr bei der Begründung von Verbindlichkeiten	25
3. Berücksichtigung des Kostenrisikos bei der Titulierung einer Forderung	27
4. „Schuldnerzermürbung“ und Telefonmahnung	28
5. Maßnahmen zur effizienten Zwangsvollstreckung	29
a) Maßnahmen der Sachverhaltsermittlung	29
b) Forderungsberechnung	30
c) Präzise Beauftragung des Gerichtsvollziehers	30
d) Nutzung der vorläufigen Vollstreckbarkeit	30
e) Gleichzeitige Vollstreckung in mehrere Vermögenswerté	31
f) Das Risiko der Insolvenzanfechtung	32
6. Inkasso und Forderungsverkauf	33
B. Die allgemeinen und besonderen Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	35
I. Vollstreckungstitel	35
1. Arten von Vollstreckungstiteln	36
a) Endurteile	36
aa) Rechtskraft	36
bb) Vorläufige Vollstreckbarkeit	37
b) Vergleiche	39
aa) Begriff des Vergleichs	39
bb) Beteiligte eines Vergleichs	39
cc) Beilegung eines Rechtsstreits	40
dd) Abschluss vor einem deutschen Gericht	40
ee) Abschluss vor einer Gütestelle	42
ff) Vergleiche im PKH-Prüfungsverfahren oder im selbstständigen Beweisverfahren	45
c) Kostenfestsetzungsbeschlüsse	46
d) Mit der Beschwerde anfechtbare Entscheidungen	47

e) Vollstreckungsbescheide	47
f) Notarielle Urkunden	49
g) Gerichtliche Urkunden	51
h) Arrestbefehle	51
i) Einstweilige Verfügungen	55
j) Gerichtliche Beschlüsse nach FamFG	56
k) Gerichtlich gebilligte Vergleiche nach § 156 Abs. 2 FamFG	58
l) Vollstreckungstitel nach FamFG im Sinne des § 794 ZPO	59
m) Entscheidungen in Ehesachen und Familienstreitsachen	59
n) Vollstreckungstitel in Familiensachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach früherem Recht	60
o) Weitere Vollstreckungstitel	60
2. Bezeichnung der Parteien	69
3. Besondere Vermögensmassen	71
a) Nicht rechtsfähiger Verein	72
b) Gesellschaft bürgerlichen Rechts	72
c) Wohnungseigentümergemeinschaft	73
d) Personenhandelsgesellschaft, Partnerschaft, Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung	73
e) Nießbrauch an einem Vermögen oder an einer Erbschaft	73
f) Gütergemeinschaft, Eigentums- und Vermögensgemeinschaft	74
g) Nachlass	74
h) Testamentsvollstreckung	75
i) Insolvenz- oder Konkursmasse	75
4. Vollstreckungsfähiger Inhalt	75
II. Vollstreckungsklausel	77
1. Erfordernis einer Vollstreckungsklausel	77
2. Zuständigkeit	78
3. Verfahren	81
4. Titelergänzende Vollstreckungsklausel	83
a) Eintritt einer Tatsache	83
b) Beweislast des Gläubigers	84
c) Keine dem Gläubiger obliegende Sicherheitsleistung	86
d) Keine Zug-um-Zug-Leistung	86
e) Beweis durch öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden	87
5. Titelumschreibende Vollstreckungsklausel	88
a) Arten der Rechtsnachfolge	89
aa) Erbfolge	89
bb) Abtretung	91
cc) Ablösung	91
dd) Befriedigung durch Gesamtschuldner	91
ee) Befriedigung durch Bürgen	91
ff) Befriedigung durch Eigentümer	92
gg) Befriedigung durch Verpfändner	92
hh) Leistung von Unterhalt	92
ii) Leistung durch Versicherer	92
jj) Leistung durch Sozialleistungsträger	92

kk) Pfändung	94
ll) Schuldübernahme	94
mm) Besitzer der in Streit befangenen Sache	95
nn) Veränderungen im Gesellschafterbestand	95
oo) Umwandlung	96
b) Sonderfälle	96
aa) Prozessstandschaft	96
bb) Partei kraft Amtes	97
cc) Nacherbe	98
dd) Testamentsvollstreckter	98
ee) Vermögens- und Firmenübernehmer	98
ff) Gütergemeinschaft, Eigentums- und Vermögens- gemeinschaft	99
c) Beweis durch öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden	99
6. Weitere vollstreckbare Ausfertigung	100
III. Zustellung	102
1. Grundsatz	102
2. Ausführung der Zustellung	103
3. Zustellungsadressat und Zustellungsempfänger	106
IV. Eintritt eines Kalendertages	107
V. Sicherheitsleistung	108
1. Höhe der Sicherheitsleistung	108
2. Art und Nachweis der Sicherheitsleistung	108
a) Bürgschaft	108
b) Hinterlegung	110
3. Sicherungsvollstreckung	111
VI. Zug-um-Zug-Leistung	113
1. Zwangsvollstreckung durch den Gerichtsvollzieher	114
2. Zwangsvollstreckung durch das Vollstreckungsgericht	115
VII. Vollstreckungshindernisse: Einstellung oder Beschränkung der Zwangsvollstreckung (§ 775 ZPO)	116
1. § 775 Nr. 1 ZPO	116
2. § 775 Nr. 2 ZPO	117
3. § 775 Nr. 3 ZPO	118
4. § 775 Nr. 4 ZPO	118
5. § 775 Nr. 5 ZPO	119
VIII. Vollstreckungshindernisse: Insolvenzantrags- und Insolvenz- verfahren	119
IX. Zwangsvollstreckung gegen den Erben vor Erbschaftsannahme (§§ 778, 779 ZPO)	122
X. Vollstreckungsbeschränkende, vollstreckungsausschließende und vollstreckungserweiternde Abreden	122
C. Die Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung	124
I. Übersicht über das System der Rechtsbehelfe in der Zwangs- vollstreckung	124
1. Die Vielgestaltigkeit und Gliederungssystematiken der Rechtsbehelfe	124

2. Übersicht zu Rechtsbehelfen der Zwangsvollstreckung	127
3. Rechtsbehelfe gegen das Verfahren der Zwangsvollstreckung	128
a) Der Rechtsbehelf des Schuldners und eines Dritten.....	128
b) Der Rechtsbehelf des Gläubigers	130
4. Rechtsbehelfe betreffend materiellrechtliche Einwendungen	130
a) Der Rechtsbehelf des Schuldners	130
b) Der Rechtsbehelf eines Dritten.....	130
II. Rechtsbehelfe im Verfahren der Klauselerteilung.....	131
1. Die Rechtsbehelfe des Schuldners.....	131
a) Die Klauselerinnerung nach § 732 ZPO.....	131
aa) Die Statthaftigkeit der Klauselerinnerung.....	131
bb) Die Zulässigkeit der Klauselerinnerung.....	132
cc) Die Begründetheit der Klauselerinnerung.....	132
dd) Die Entscheidung des Gerichts	133
ee) Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung nach § 732 Abs. 2 ZPO	133
b) Die Klauselgegenklage nach § 768 ZPO.....	134
aa) Die Statthaftigkeit der Klauselgegenklage.....	134
bb) Die Zulässigkeit der Klauselgegenklage.....	134
cc) Die Begründetheit der Klauselgegenklage.....	134
dd) Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung nach § 769 ZPO	136
2. Rechtsbehelfe des Gläubigers im Klauselerteilungsverfahren.....	136
III. Die Vollstreckungserinnerung nach § 766 ZPO.....	137
1. Die Zulässigkeit der Vollstreckungserinnerung	137
2. Die Begründetheit der Vollstreckungserinnerung	138
3. Die Entscheidung des Vollstreckungsgerichts.....	139
4. Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	140
5. Übersicht zu den Voraussetzungen der Vollstreckungserinnerung	141
6. Die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Gerichtsvollzieher....	142
a) Verfahren der Dienstaufsichtsbeschwerde	142
b) Das Verhältnis zwischen Dienstaufsichtsbeschwerde und Vollstreckungserinnerung	143
IV. Die sofortige Beschwerde nach § 793 ZPO.....	144
1. Abgrenzung zur Vollstreckungserinnerung	144
2. Die Zulässigkeit der Beschwerde	144
3. Die Begründetheit der Beschwerde	145
4. Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 570 Abs. 2, 3 ZPO.	145
V. Die Vollstreckungsgegenklage nach § 767 ZPO	146
1. Die Zulässigkeit der Vollstreckungsgegenklage	146
2. Die Begründetheit der Vollstreckungsgegenklage	147
VI. Die Drittwiderspruchsklage nach § 771 ZPO	150
1. Die Zulässigkeit der Drittwiderspruchsklage	150
2. Die Begründetheit der Drittwiderspruchsklage	151
VII. Die Klage auf vorzugsweise Befriedigung nach § 805 ZPO	152
VIII. Der besondere Vollstreckungsschutz nach § 765a ZPO	152
1. Der Anwendungsbereich der Vorschrift	152
2. Zulässigkeit des Antrags auf Vollstreckungsschutz	153

3. Die Begründetheit des Vollstreckungsschutzes nach § 765 a ZPO	153
a) Sittenwidrige Härte der Zwangsvollstreckung	153
b) Fallgruppen	154
aa) Die aussichtslose Vollstreckung durch den Gläubiger	154
bb) Die Verschleuderung eines Grundstücks	155
cc) Die konkrete Gefahr des Suizids	155
4. Die Entscheidung des Vollstreckungsgerichts	156
IX. Die einstweilige Einstellung bei Rechtsmittel gegen den Vollstreckungstitel	156
1. Zweck der einstweiligen Einstellung der Zwangsvollstreckung	156
2. Der Anwendungsbereich des § 707 und des § 719 ZPO	157
3. Die Zulässigkeit eines Antrags auf einstweilige Einstellung	159
4. Die Begründetheit des Antrags	160
a) Hinreichende Erfolgsaussicht und Interessenabwägung	160
b) Die Einstellung der Zwangsvollstreckung gegen Sicherheitsleistung	162
c) Die Einstellung der Zwangsvollstreckung ohne Sicherheitsleistung	163
d) Besondere Einstellungsvoraussetzungen beim Versäumnisurteil	163
e) Besondere Einstellungsvoraussetzungen bei § 719 Abs. 2 ZPO .	164
5. Der Erlass der Entscheidung	164
6. Die Wirkungen der Entscheidung	165
X. Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung nach § 769 ZPO	167
1. Anwendungsbereich der Norm	167
2. Die Zulässigkeit der einstweiligen Anordnung	167
3. Die Begründetheit der einstweiligen Anordnung	168
4. Der Erlass der einstweiligen Anordnung	169
5. Die Wirkungen der Entscheidung	170
6. Die einstweilige Anordnung des Vollstreckungsgerichts nach § 769 Abs. 2 ZPO	171
a) Der Zweck der Regelung	171
b) Die Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts	171
c) Der Antrag auf Erlass der einstweiligen Anordnung	171
d) Die Schlüssigkeit der Klage	172
e) Der dringende Fall	172
f) Die Entscheidung des Vollstreckungsgerichts	173

KAPITEL 2

Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in körperliche Gegenstände durch den Gerichtsvollzieher

A. Vollstreckungsauftrag und Zahlungsvereinbarungen	177
I. Der Gerichtsvollzieher als zentrales Organ der Zwangsvollstreckung	177
1. Die Rechtsgrundlagen der Tätigkeit des Gerichtsvollziehers	177

a) Die praktische Bedeutung der Gerichtsvollzieherbeauftragung	177
b) Die rechtliche Stellung des Gerichtsvollziehers	179
2. Das Weisungsrecht des Gläubigers	180
3. Die sachliche und örtliche Zuständigkeit des Gerichtsvollziehers	181
4. Die Handlungskompetenzen des Gerichtsvollziehers	182
II. Der Vollstreckungsauftrag	182
1. Der Auftrag zur Zwangsvollstreckung (§ 753 ZPO und § 4 GVGA)	182
a) Formalien der Auftragserteilung	182
b) Die konkrete Inhaltsbestimmung im Auftrag	184
aa) Differenzierungen des Vollstreckungsauftrags	184
bb) Abschrift des Vollstreckungsprotokolls	186
cc) Antrag auf Erlass einer Durchsuchungsanordnung	186
c) Die Nachweise zum Vollstreckungsauftrag	186
aa) Nachweis der Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	186
bb) Die Forderungsaufstellung	186
cc) Der Nachweis der Kosten der Zwangsvollstreckung	188
2. Das Ruhén des Verfahrens auf Bewilligung des Gläubigers	188
III. Gültige Einigung und Zahlungsvereinbarungen	189
1. Prüfung des Gerichtsvollziehers im Vorfeld der Vollstreckung	189
a) Die Prüfung der Vollstreckungsvoraussetzungen	189
b) Die Feststellung der Identität des Schuldners	190
c) Die Ankündigung der Zwangsvollstreckung	190
aa) Allgemeine Verhaltensregeln	190
bb) Ankündigung der Zwangsvollstreckung und Leistungsaufforderung	191
2. Die Zahlung durch den Schuldner (§ 105, 106 GVGA)	191
a) Die vollständige Zahlung seitens des Schuldners	192
b) Zahlungsvereinbarung zwischen Gerichtsvollzieher und Schuldner	193
3. Muster Vollstreckungsauftrag – Antrag auf Sachpfändung ohne Vermögensoffenbarung	196
B. Die Pflicht des Schuldners zur Vermögensauskunft und zur Vermögensoffenbarung	198
I. Die Pflicht des Schuldners zur Vermögensauskunft nach §§ 802 c ff. ZPO	198
1. Allgemeiner Regelungsgehalt der §§ 802 c ff. ZPO	198
a) Allgemeine Grundlagen und Gesetzgebungsgeschichte	198
b) Die Verfassungsmäßigkeit der Offenbarungspflicht	201
c) Überblick zu den Auskunfts- und Offenbarungspflichten in der Zwangsvollstreckung	201
aa) Abgrenzung zu verschiedenen Arten der eidesstattlichen Versicherung	201
bb) Die Vermögensoffenbarung nach §§ 802 c, 807 ZPO	202

cc) Die Pflicht zur Auskunftserteilung nach § 836 Abs. 3 ZPO	203
dd) Herausgabe beweglicher Gegenstände, § 883 Abs. 2 ZPO	203
d) Die Folgen der Vermögensoffenbarung für den Schuldner	203
2. Voraussetzungen der Auskunfts- und Offenbarungspflicht	204
a) Die voraussetzunglose Auskunftspflicht nach § 802 c ZPO	204
b) Die Offenbarungspflichten nach § 807 Abs. 1 ZPO	205
aa) Selbstständige Offenbarungspflichten	205
bb) Die Verweigerung des Zutritts	206
cc) Der erfolglose Pfändungsversuch	208
c) Die zweijährige Sperrfrist des § 802 d ZPO	210
aa) Handlungsalternativen bei Geltung der Sperrfrist	210
bb) Die Voraussetzungen der wiederholten Abgabe der Vermögensauskunft oder Vermögensoffenbarung	211
cc) Das Verfahren der wiederholten Abgabe der Vermögensauskunft oder Vermögensoffenbarung	214
3. Das Verfahren zur Vermögensauskunft	214
a) Die Zuständigkeit des Gerichtsvollziehers	214
b) Zahlungsfrist und Terminsladung	215
aa) Die Zahlungsaufforderung an den Schuldner	215
bb) Die Bestimmung des Termins und Terminsladung	216
cc) Terminsverlegung	217
dd) Die Abhaltung des Termins	218
c) Protokoll und Vermögensverzeichnis	219
4. Der Inhalt der Vermögensauskunft	219
a) Grundtatbestände zum Vermögensverzeichnis	219
b) Angabe und Bezeichnung körperlicher Gegenstände	220
c) Bezeichnung von Forderungen und sonstigen Vermögenswerten	222
aa) Allgemeines	222
bb) Angaben zum Arbeitseinkommen	223
cc) Angaben zu Kapitalanlagen und Versicherungen	226
dd) Angaben des selbstständig tätigen Schuldners	227
ee) Angaben zu Sozialleistungen	228
ff) Angaben zu gesellschaftsrechtlichen Beteiligungen	230
gg) Angaben zu Grundstücksrechten und sonstigen Vermögensrechten	230
d) Angaben zu unbeweglichem Vermögen	231
e) Die Angabe anfechtbarer Rechtshandlungen	232
f) Die Nachbesserung des Vermögensverzeichnisses	232
g) Das Auskunftsrecht des Gerichtsvollziehers gegenüber Behörden	233
5. Checkliste – Inhalt der Vermögensoffenbarung	234
II. Die Anordnung der Erzwingungshaft gegen den Schuldner	236
1. Die Voraussetzungen der Haftanordnung nach § 802 g ZPO	236
2. Voraussetzungen des Haftbefehls	237
3. Erlass des Haftbefehls	238

4. Die Verhaftung des Schuldners	240
5. Die Abgabe der Vermögensauskunft	241
6. Die Haftdauer	241
III. Die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis	242
1. Das elektronische hinterlegte Vermögensverzeichnis	242
2. Das Schuldnerverzeichnis	242
3. Die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis	243
a) Tatbestände der Eintragung	243
b) Das Verfahren der Eintragung	244
4. Der Inhalt der Eintragung	245
5. Einsicht, Auskunft und Erteilung von Abdrucken	245
a) Einsicht in das Schuldnerverzeichnis	245
b) Erteilung von Abdrucken zum laufenden Bezug	245
6. Die Löschung der Eintragung	246
IV. Die Vermögensermittlung nach § 806 a ZPO und § 108 a GVGA	247
V. Muster Vollstreckungsaufträge	248
1. Muster Vollstreckungsauftrag – Antrag auf Sachpfändung und Vermögensauskunft	248
2. Muster Vollstreckungsauftrag – Antrag auf sofortige Sachpfändung und subsidiär Vermögenoffenbarung	250
C. Die Pfändung körperlicher Gegenstände	253
I. Die zwangsweise Durchsuchung der Räume des Schuldners und die Vollstreckung zur Unzeit	253
1. Die zwangsweise Durchsuchung nach § 758 a ZPO	253
a) Der Begriff der Wohnung	254
b) Der Begriff des Durchsuchens	254
c) Verweigerte Einwilligung und wiederholtes Nichtantreffen	256
d) Das Verfahren zur Erteilung der Durchsuchungsanordnung	258
e) Entbährlichkeit der Durchsuchungsanordnung bei Gefahr im Verzug	260
2. Die Vollstreckung zur Unzeit nach § 758 a Abs. 4 ZPO	260
3. Muster Antrag auf Erlass einer Durchsuchungsanordnung	261
II. Die Pfändung körperlicher Gegenstände	265
1. Überblick zu den §§ 803 ff. ZPO	265
2. Das Verbot von Überpfändung und zweckloser Pfändung	265
3. Besonderheiten bei einzelnen Gegenständen	266
a) Bestandteile, Erzeugnisse und Zubehör eines Grundstücks	266
b) Wertpapiere	268
aa) Die Arten der Wertpapiere und ihre Pfändung	268
bb) Die Hilfspfändung nach § 156 GVGA	270
c) Computer-Hardware und -Software	270
d) Die besondere Unpfändbarkeit sonstiger Gegenstände	271
4. Der Gewahrsam des Schuldners (§ 808 ZPO)	272
a) Der Begriff des Gewahrsams	272
b) Der Gewahrsam eines Dritten nach § 809 ZPO	274
5. Pfändbare und unpfändbare Gegenstände nach § 811 ZPO	275
a) Der Katalog des § 811 ZPO	275

b) Die Pfändung unpfändbarer Gegenstände nach § 811 Abs. 2 ZPO	278
c) Die Austauschpfändung nach § 811a ZPO	280
aa) Die Voraussetzungen der Austauschpfändung	280
bb) Die vorläufige Austauschpfändung nach § 811b ZPO	281
6. Der Pfändungsakt nach § 808 ZPO	281
a) Die Pfändung körperlicher Gegenstände	281
b) Die Pfändung von Bargeld	282
c) Die sogenannte Taschenpfändung	283
7. Die Wirkungen der Pfändung	284
a) Verstrickung und Pfandrecht	284
b) Die sogenannte Verstrickung	284
aa) Der Begriff der Verstrickung	284
bb) Die Voraussetzungen wirksamer Verstrickung	285
cc) Die Entstrickung	285
c) Das Pfändungspfandrecht	286
aa) Rechtsnatur und Wirkungen	286
bb) Das Entstehen des Pfändungspfandrechts	286
cc) Die Bedeutung des Theorienstreits	288
8. Die Verwertung der gepfändeten Gegenstände	290
a) Die öffentliche Versteigerung nach §§ 814 ff. ZPO	290
b) Der Verwertungsaufschub bei Zahlungsvereinbarung	291
c) Die andere Verwertung nach § 825 ZPO	292
9. Der Pfandabstand und die Fruchtlosigkeitsbescheinigung	293
a) Der Pfandabstand durch den Gerichtsvollzieher	293
b) Die Bescheinigung der Fruchtlosigkeit nach § 63 GVGA	293
10. Die Zwangsvollstreckung für mehrere Gläubiger	294
a) Die Behandlung mehrerer Aufträge gegen denselben Schuldner	294
b) Zahlungsvereinbarung bei mehreren Gläubigern	294
c) Die Pfändung für mehrere Gläubiger	296
aa) Die gleichzeitige Pfändung eines Gegenstandes	296
bb) Die Anschlusspfändung nach § 826 ZPO	296
cc) Die Auskehr des Erlöses	297
 KAPITEL 3	
Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in Forderungen und sonstige Vermögensrechte	299
 A. Pfändung von Forderungen – Allgemein	301
I. Ausgangslage	301
II. Die zu pfändende Forderung	303
1. Gegenstand der Pfändung	303
2. Übertragbarkeit der Forderung, § 851 ZPO	304
3. Zukünftige Forderungen	306
4. Noch nicht fällige, bedingte, betagte oder von einer Gegenleistung abhängige Forderung	308
5. Zusammentreffen von Pfändung und Abtretung	308

a) Einmalige Forderung	308
b) Wiederkehrende Einkünfte	308
c) Pfändungszugriff trotz Abtretung	309
d) Schutz des Drittenschuldners bei Unkenntnis der Abtretung	311
6. Mehrheit von Drittenschuldndern	311
III. Pfändbare und unpfändbare Geldforderungen – Einzelfälle in Grundzügen	312
1. Kaufpreisforderung, § 433 Abs. 2 BGB	312
2. Darlehensforderung § 488 BGB	313
a) Schuldner als Darlehensgeber	313
b) Schuldner als Darlehensnehmer	313
3. Kontopfändung	314
a) Bezeichnung	314
b) Umfang	315
c) Sparguthaben	318
d) Auszahlungssperren gemäß § 835 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4 ZPO	319
e) Gemeinschaftskonten	320
aa) Oder-Konto	320
bb) Und-Konto	321
f) Kontopfändung auf Verdacht	321
4. Ansprüche aus Lebensversicherung allgemein	322
a) Grundsatz	322
b) Pfändungsbeschränkungen	322
aa) Sterbegeldversicherung nach § 850b Abs. 1 Nr. 4 ZPO	322
bb) Lebensversicherungen als Altersvorsorgevermögen	323
c) Kapitallebensversicherung	323
5. Altersvorsorgevertrag im Sinne des § 851c ZPO	326
a) Ziel der Regelung	326
b) Schutz der Rentenleistung, § 851c Abs. 1 ZPO	327
c) Schutz des Kapitalstocks, § 851c Abs. 2 ZPO	328
d) Umwandlung bereits bestehender Versicherungsverträge	329
6. Steuerlich geförderte Altersvorsorge im Sinne des § 851d ZPO ..	329
7. Mietforderung	330
a) Umfang der Pfändung	330
b) Konkurrenz von Mobiliar- und Immobiliarvollstreckung	330
c) Pfändung durch mehrere dingliche Gläubiger	331
d) Vollstreckungsschutz gemäß § 851b ZPO	331
8. Steuererstattungsansprüche	332
a) Pfändbarkeit allgemein	332
b) Einkommens- und Lohnsteuererstattungsanspruch	333
aa) Einkommensteuererstattungsanspruch gegenüber dem Finanzamt	333
bb) Lohnsteuerjahresausgleich gegenüber dem Arbeitgeber	335
9. Pflichtteilsanspruch, § 852 Abs. 1 ZPO	336
10. Honoraransprüche	337
11. Gefangenengelder	337
a) Eigengeld, § 52 StVollzG	337

b) Überbrückungsgeld, § 51 StVollzG	338
c) Hausgeld, § 47 StVollzG	338
d) Taschengeld, § 46 StVollzG	338
e) Haftkostenbeitrag, § 50 StVollzG	338
f) Arbeitsentgelt, §§ 43, 200 StVollzG	339
12. Taschengeldanspruch des Ehegatten, § 1360 BGB	339
a) Teil des Unterhaltsanspruchs	339
b) Pfändbarkeit und Verfahren	340
IV. Verfahren und Prüfung durch das Vollstreckungsgericht	342
1. Antrag	342
2. Zuständigkeiten	343
3. Anhörungsverbot	347
4. Prüfungsumfang	348
a) Vorliegen der Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen	348
b) Entstehung und Notwendigkeit der Vollstreckungskosten	348
c) Bezeichnung des Drittenschuldners	349
d) „Bestimmtheitsgrundsatz“	350
e) Eingeschränkte Schlüssigkeitsprüfung	352
5. Pfändung mehrerer Forderungen	353
6. Verfahren bei Vorliegen eines Antragshindernisses	353
V. Pfändungs- und Überweisungsbeschluss	353
1. Erlass und Inhalt des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses, §§ 829 Abs. 1, 835 ZPO	353
2. Muster Pfändung und Überweisung eines Darlehensrückzahlungsanspruchs	356
3. Zustellung	357
a) Allgemeines	357
b) Teilweise Zurückweisung	357
c) Zustellung an den Drittenschuldner	357
d) Zustellung an den Schuldner	359
4. Auslegung und Berichtigung des Beschlusses	360
5. Voll- und Teilpfändung einer Forderung	361
6. Rechtsbehelf	362
VI. Wirkungen der Pfändung und Überweisung	362
1. Pfändung	362
a) Wirksamkeitszeitpunkt	362
b) Wirkungen	363
2. Überweisung	363
a) Wirksamkeitszeitpunkt	363
b) Überweisungsarten	363
c) Sperrfristen	364
aa) Kontopfändung	364
bb) Pfändung einer Forderung im Sinne des § 850i ZPO	365
VII. Rechtsstellung des Gläubigers nach Pfändung und Überweisung	365
1. Wirkung der Pfändung	365
2. Wirkung der Überweisung	365
a) Allgemeine Wirkung	365
b) Überweisung an Zahlungs statt	366

c) Überweisung zur Einziehung	366
aa) Wirkungen	366
bb) Einziehungserkenntnisverfahren	367
cc) Geltendmachung der Kosten als Schadensersatzanspruch gemäß § 840 ZPO	369
dd) Kosten als notwendige Kosten im Sinne des § 788 ZPO	370
ee) Vorliegen eines Titels über die gepfändete Forderung	370
VIII. Rechtsstellung des Schuldners nach Pfändung und Überweisung	370
1. Wirkung der Pfändung	370
2. Schuldnerpflichten aufgrund der Überweisung	371
a) Allgemeine Pflichten	371
b) Herausgabepflicht	372
aa) Umfang der Herausgabepflicht	372
bb) Verfahren	375
c) Auskunftspflicht	376
aa) Umfang der Auskunftspflicht	376
bb) Verfahren	378
IX. Rechtsstellung des Drittenschuldners nach Pfändung und Überweisung	380
1. Vertrauenschutz gemäß § 836 Abs. 2 ZPO	380
2. Anwendbarkeit der Abtretungsregelungen	382
3. Drittenschuldnerauskunft gemäß § 840 ZPO	384
a) Allgemeines	384
b) Voraussetzungen	386
c) Erklärung	387
aa) Frist und Form	387
bb) Inhalt und Umfang	387
d) Ergänzungs- und Aktualisierungspflicht des Drittenschuldners	391
e) Erneutes Verlangen auf Auskunft	391
f) Haftung des Drittenschuldners	391
g) Kosten des Drittenschuldners	393
X. Vorpfändung gemäß § 845 ZPO	394
1. Eilmßnahme	394
2. Anwendungsbereich und Voraussetzungen	394
3. Form und Inhalt der Vorpfändungsbenachrichtigung	396
4. Wirkung	397
5. Wiederholte Vorpfändung	398
B. Pfändung von Arbeitseinkommen	400
I. Grundsätze	401
1. Einordnung	401
2. Das Pfändungsverfahren	401
a) Bezeichnung der Forderung im Pfändungsbeschluss	401
b) Rechtsstellung des Drittenschuldners	402
c) Klarstellender Beschluss	403
d) Vorpfändung	404
3. Wirkungen der Pfändung	405
a) Dauerpfändung, § 832 ZPO	405

b) Vorratspfändung, § 850 d Abs. 3 ZPO	406
c) Fortwirkung der Pfändung, § 833 ZPO	408
4. Grundlagen des Pfändungsschutzes für Arbeitseinkommen	409
a) Konzept des Pfändungsschutzes	409
b) Systeme des Pfändungsschutzes	412
c) Voraussetzungen des automatischen Pfändungsschutzes nach §§ 850 bis 850f ZPO	412
aa) Persönliche Erwerbstätigkeit	413
bb) Wiederkehrende Zahlbarkeit	414
cc) Gleichgestellte Einkünfte	415
dd) Einzelfragen	415
5. Unpfändbare Bezüge nach § 850 a ZPO	417
6. Bedingt pfändbare Bezüge; § 850 b ZPO	423
a) Geschützte Bezüge, § 850b Abs. 1 ZPO	424
b) Bedingte Gleichstellung mit Arbeitseinkommen, § 850 b Abs. 2 ZPO	427
II. Pfändung durch einen gewöhnlichen Gläubiger, § 850 c ZPO	427
1. Ermittlung des bereinigten Nettoeinkommens, § 850e ZPO	428
a) Grundsätze	428
b) Abzüge vom Einkommen, § 850e Nr. 1 ZPO	429
c) Zusammenrechnung von Geld- und Naturalleistungen, § 850e Nr. 3 ZPO	434
2. Bestimmung des pfändbaren Betrages, § 850 c ZPO	435
a) Grundfreibetrag, § 850c Abs. 1 ZPO	436
b) Unpfändbarer Mehrbetrag, § 850c Abs. 2 ZPO	439
c) Abrundung, Tabelle	440
d) Anpassung der unpfändbaren Beträge, § 850c Abs. 2a ZPO	440
e) Zusammenfassung, Anpassung an individuelle Verhältnisse	441
3. Mögliche Veränderungen durch ein Gesetz zur Neustrukturierung und Modernisierung des Pfändungsschutzes (GNeuMoP) ..	442
III. Privilegierte Zwangsvollstreckung wegen Unterhaltsforderungen, § 850d ZPO	445
1. Normzweck	445
2. Anwendungsbereich, Verfahren	445
3. Festsetzung des Freibetrages durch das Vollstreckungsgericht	448
a) Grundlagen	448
b) Ermittlung des notwendigen Unterhalts nach dem SGB II	451
aa) Regelbedarf	452
bb) Einmalige Bedarfe	454
cc) Wohnkosten	455
dd) Besondere Belastungen	456
ee) Zuschläge wegen Erwerbstätigkeit	458
c) Ermittlung des notwendigen Unterhalts nach dem SGB XII	460
d) Berücksichtigung vor- und gleichrangiger Unterhaltsberechtigter	461
e) Anrechnung anderweitiger Einkünfte	463
f) Gewöhnlicher Freibetrag als Obergrenze, § 850d Abs. 1 Satz 3 ZPO	464

g) Praktische Umsetzung	466
aa) Richtsatz	466
bb) Konkrete Berechnung des notwendigen Unterhalts im Einzelfall	469
4. Ermittlung des pfändbaren Betrages durch den Drittschuldner ..	470
5. Rangverhältnis mehrerer Forderungen	472
6. Anpassung des unpfändbaren Betrages an veränderte Verhältnisse, § 850g ZPO	474
IV. Antragsmöglichkeiten des Gläubigers	477
1. Grundsätzliches	477
2. Unberücksichtigtlassen eines Unterhaltsberechtigten gemäß § 850c Abs. 4 ZPO	477
a) Regelungsinhalt	477
b) Voraussetzungen	479
aa) Gesetzliche Unterhaltpflicht – tatsächliche Unterhalts- leistung	479
bb) Eigenes Einkommen	480
c) Verfahren	481
aa) Zuständigkeit	481
bb) Antragsinhalt	481
cc) Schuldneranhörung	482
dd) Ermittlung durch das Vollstreckungsgericht	482
ee) Entscheidung	486
d) Wirkung der Entscheidung	488
aa) Berechnungsbeispiel	488
bb) Drittewirkung?	489
cc) Mehrfache Anordnung	489
3. Zusammenrechnung mehrerer Arbeitseinkommen gemäß § 850e Nr. 2 ZPO	490
a) Regelungszweck	490
b) Anwendungsbereich	490
c) Voraussetzung	491
d) Verfahren und Entscheidung	492
e) Wirkung und Berechnungsbeispiele	494
4. Zusammenrechnung von Arbeitseinkommen mit einer laufenden Sozialleistung gemäß § 850e Nr. 2a ZPO	496
a) Regelungszweck	496
b) Anwendungsbereich	496
c) Voraussetzung	497
d) Verfahren, Entscheidung und Wirkung	498
5. Vollstreckung durch einen Deliktsgläubiger gemäß § 850f Abs. 2 ZPO	498
a) Allgemeines	498
b) Verfahren und Nachweis	499
c) Festsetzung des Pfändungsfreibetrages gemäß § 850f Abs. 2 i.V.m. 850d Abs. 1 ZPO	502
d) Berechnung des Pfändungsbetrages durch den Drittschuldner	504

V.	Lohnschiebung und Lohnverschleierung, § 850 h ZPO	504
1.	Lohnschiebung, § 850 h Abs. 1 ZPO	504
2.	Lohnverschleierung, § 850h Abs. 2 ZPO	507
VI.	Erweiterter Pfändungsschutz in Sonderfällen, § 850f Abs. 1 ZPO	511
1.	Anwendungsbereich, Fallgruppen	511
a)	Vermeidung von Sozialhilfeausgaben, § 850f Abs. 1 lit. a ZPO	511
b)	Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse, § 850f Abs. 1 lit. b ZPO	514
c)	Berücksichtigung besonders großer Unterhaltslasten, § 850f Abs. 1 lit. c ZPO	517
2.	Erforderlichkeit und Grenzen des zusätzlichen Freibetrages	518
3.	Abwägung der Belange des Gläubigers	519
4.	Verfahren	520
VII.	Pfändungsschutz für sonstige Einkünfte, § 850i Abs. 1 ZPO	522
1.	Systematische Stellung des Pfändungsschutzes nach § 850i Abs. 1 ZPO	523
2.	Anwendungsbereich	524
3.	Bemessung des Freibetrages	525
a)	Vorgehensweise	525
b)	Niveau des Freibetrages	526
c)	Umrechnung in einen Monatsbetrag	526
d)	Rückrechnung	528
e)	Würdigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners ..	528
f)	Festlegung des Verbrauchszeitraumes	530
g)	Abwägung der Gläubigerbelange	531
4.	Musterberechnung	531
5.	Verfahren	533
6.	Fazit	534
VIII.	Das Pfändungsschutzkonto gemäß § 850k ZPO	535
1.	Regelungserfordernis – Historie	535
2.	Anwendungsbereich	536
3.	Einrichtung	537
4.	Antrag gemäß § 850k Abs. 9 ZPO bei Innehaben mehrerer P-Konten	540
5.	Art des geschützten Guthabens	541
6.	Umfang des Kontenschutzes gemäß § 850k ZPO	543
a)	Automatischer Schutz gemäß § 850k Abs. 1 ZPO – Sockelbetrag	543
b)	Erweiterter Pfändungsschutz auf Nachweis gemäß § 850k Abs. 2 ZPO – Aufstockungsbetrag	545
aa)	Regelung allgemein	545
bb)	Erhöhung wegen Gewährung gesetzlichen Unterhalts, § 850k Abs. 2 Nr. 1a) ZPO	547
cc)	Erhöhung bei Sozialleistungen für die Bedarfsgemeinschaft, § 850k Abs. 2 Nr. 1b) ZPO	548
dd)	Freistellung einmaliger Sozialleistungen und Ansprüchen aus Ausgleichszahlungen, § 850k Abs. 2 Nr. 2 ZPO	548

ee) Freistellung des Kindergeldes oder anderer Geldleistungen für Kinder, § 850k Abs. 2 Nr. 3 ZPO	550
7. Zeitraum des Pfändungsschutzes gemäß § 850k Abs. 2 Satz 2 ZPO	550
8. „Monats-Ultimo-Problematik“	551
9. Festsetzung des dem Pfändungsschutz unterliegenden Betrages bei fehlendem Nachweis gemäß § 850k Abs. 5 Satz 4 ZPO	552
10. Abweichende Festsetzung des dem Pfändungsschutz unterliegenden Betrages gemäß § 850k Abs. 4 ZPO	553
11. Festsetzung des dem Pfändungsschutz unterliegenden Betrages gemäß § 850k Abs. 3 ZPO bei Pfändung durch einen Unterhaltskläger	557
12. Verrechnungsschutz für Sozialleistungen und Kindergeld gemäß § 850 k Abs. 6 ZPO	557
IX. Befristete Unpfändbarkeitsanordnung gemäß § 850 I, ZPO	559
1. Regelungsinhalt und Anwendungsbereich	559
2. Voraussetzungen	560
3. Überwiegende Gläubigerbelange	562
4. Verfahren und Anordnung	563
5. Wirkung und Aufhebungsantrag gemäß § 850 I Satz 3 ZPO	564
C. Pfändung von Sozialleistungen	570
I. Grundsätzliches	570
II. Unpfändbare, bedingt pfändbare und pfändbare Sozialleistungen	571
1. Unpfändbarkeit der Dienst- und Sachleistungen	571
2. Unpfändbarkeit der Sozialhilfe	571
3. Geldleistungen	571
a) Grundsatz	571
b) Unpfändbare Ansprüche gemäß § 54 Abs. 3 SGB I	572
aa) Erziehungs-, Eltern- und Mutterschaftsgeld nach § 54 Abs. 3 Nr. 1 und 2 SGB I	572
bb) Wohngeld nach § 54 Abs. 3 Nr. 2a SGB I	572
cc) Zweckgebundene Geldleistungen nach § 54 Abs. 3 Nr. 3 SGB I	573
4. Bedingt pfändbare einmalige Geldleistungen	573
5. Wie Arbeitseinkommen pfändbare wiederkehrende Geldleistungen	574
III. Pfändung von Kindergeld	575
1. Sozialrechtliches Kindergeld	575
a) Regelung und Verfahren	575
b) Berechnung des pfändbaren Betrages	575
2. Steuerrechtliches Kindergeld	576
D. Die Zwangsvollstreckung in sonstige Vermögensrechte	577
I. Grundlagen	577
II. Anwartschaftsrechte	580
1. Anwartschaftsrecht des Eigentumsvorbehaltsskläfers	580
2. Anwartschaftsrecht bei Sicherungsübereignung	582
a) Unbedingte Sicherungsübereignung	582

b) Auflösend bedingte Sicherungsübereignung	583
c) Übererlös der Verwertung durch den Sicherungsnehmer	584
3. Anwartschaftsrecht des Nacherben	584
III. Anteile an Bruchteilsgemeinschaften	586
1. Unbewegliche Sachen	586
2. Bewegliche Sachen	587
3. Forderungen und Rechte	588
IV. Gesellschaftsanteile	589
1. Aktiengesellschaft	589
2. Gesellschaft mit beschränkter Haftung	589
a) Grundlagen	589
b) Andere Art der Verwertung, § 844 ZPO	592
3. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	595
a) Grundlagen	595
b) Pfändung	597
c) Verwertung	598
4. Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft	599
V. Miterbenanteil	600
1. Grundlagen	601
2. Pfändung	601
3. Verwertung	602
VI. Internet-Domain	604
VII. Nießbrauch	605
VIII. Rechte in Abteilung II des Grundbuches	609
1. Grundsätze	609
2. Grunddienstbarkeit	609
3. Beschränkte persönliche Dienstbarkeit	610
4. Dauerwohnrecht und Dauernutzungsrecht	611
5. Vorkaufsrecht	612
6. Reallast	613
7. Sonstiges	614
E. Die Zwangsvollstreckung in Grundpfandrechte	616
I. Hypothekarisch gesicherte Forderungen	616
1. Materiell-rechtliche Grundlagen	616
2. Pfändung	617
a) Grundsätze	617
b) Briefhypothek	619
aa) Pfändungsbeschluss	619
bb) Briefübergabe	621
cc) Eintragung der Pfändung in das Grundbuch	623
c) Buchhypothek	624
3. Überweisung	625
4. Verwertung	626
II. Grundschulden	627
1. Materiell-rechtliche Grundlagen	627
2. Pfändung und Verwertung der Grundschuld und der gesicherten Forderung	628

3. Pfändung der Eigentümergrundschuld	630
a) Offene Eigentümergrundschuld	630
b) Verdeckte Eigentümergrundschuld	630
c) Löschungsanspruch	632
4. Rückgewähranspruch aus dem Sicherungsvertrag	633
F. Die Zwangsvollstreckung in Ansprüche auf Leistung oder Herausgabe einer Sache	637
I. Grundlagen	637
II. Gegenstand der Pfändung	638
III. Bewegliche Sache	639
1. Pfändung	639
2. Herausgabe der Sache an den Gerichtsvollzieher	640
3. Verwertung der Sache	642
IV. Unbewegliche Sache	642
1. Grundlagen	642
2. Pfändungsbeschluss, Bestellung eines Sequesters	643
3. Wirkungen der Pfändung	644
4. Verwertung	645
a) Eigentumserwerb des Schuldners	645
b) Sicherungshypothek	646
5. Pfändung des Anwartschaftsrechts	646
G. Amtliche Muster für den Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses	649
I. Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses insbesondere wegen gewöhnlicher Geldforderungen ..	649
II. Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses wegen Unterhaltsforderungen	659
 KAPITEL 4	
Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in das unbewegliche Vermögen	
	671
A. Grundlagen der Immobiliarvollstreckung	673
I. Gegenstand der Immobiliarvollstreckung	673
1. Grundstücke im Rechtssinn	673
2. Bestandteile, Zubehör und Erzeugnisse	674
3. Grundstücksgleiche Rechte	679
4. Miteigentumsanteile	679
5. Gebäudeeigentum	679
II. Vollstreckungsalternativen	680
1. Auswahl der Vollstreckungsmöglichkeiten	680
2. Auswertung des Grundbuchs	681
a) Vorbelastungen	681
b) Verfügungsbeschränkungen	682
3. Voreintragung des Schuldners als Eigentümer	683
B. Zwangssicherungshypothek	686
I. Zuständigkeit	686

II.	Vollstreckungsvoraussetzungen	686
1.	Antrag	686
2.	Muster Antrag auf Eintragung einer Zwangssicherungshypothek	687
3.	Kosten	687
4.	Vollstreckungstitel	687
5.	Vollstreckungsforderung	690
III.	Belastungsobjekt	692
1.	Eigentum des Titelschuldners	692
2.	Mehrere Belastungsobjekte	693
3.	Erbaurecht	695
IV.	Gläubigerbezeichnung	696
V.	Checkliste zur Zwangssicherungshypothek	698
VI.	Antragsmängel	698
VII.	Fehlerhafte Zwangssicherungshypothek	700
1.	Eintragungsmängel	700
2.	Rechtsbelehrung gegen die Eintragung	701
3.	Inhaltlich unzulässige Eintragung	702
4.	Eigentümerrecht	703
VIII.	Verwertung der Zwangssicherungshypothek	703
IX.	Lösichung der Zwangssicherungshypothek	705
C.	Grundlagen des Zwangsversteigerungsrechts	707
I.	Überlegungen des Gläubigers	707
1.	Verwirklichung von Zahlungsansprüchen	707
2.	Eingriff in die Schuldnerposition	707
3.	Kostenrisiko	707
4.	Zeitpunkt des Versteigerungsantrags	708
II.	Zuständigkeit	708
III.	Beteiligte	709
1.	Kreis der Beteiligten	709
2.	Rechte der Beteiligten	711
IV.	Parteiherrenschaft	712
V.	Rangklassen	712
1.	Bedeutung der Rangklassen	712
2.	Verfahrenskosten; „Rangklasse 0“	713
3.	Rangklasse 1 (Zwangsvorwaltungsvorschuss)	713
4.	Rangklasse 1a (Feststellungskosten im Insolvenzverfahren)	714
5.	Rangklasse 2 (Haus- und Wohngeld)	715
a)	Umfang des Vorrechts	715
b)	Anmeldung zum Versteigerungsverfahren	717
c)	Betreiben des Verfahrens	717
d)	Dingliche Haftung	718
e)	Ablösung der bevorrechtigten Ansprüche	718
f)	Absonderungsrecht	719
g)	Rechtsmittel	719
6.	Rangklasse 3 (Öffentliche Grundstückslasten)	719
a)	Geltungsbereich	719
b)	Umfang der bevorrechtigten Ansprüche	720

c) Anmeldungserfordernis	721
d) Ablöse	721
7. Rangklasse 4 (Grundstücksrechte)	722
a) Umfang des Vorrechts	722
b) Berücksichtigung von Amts wegen	722
8. Rangklasse 5 (Persönliche Ansprüche)	723
9. Rangklasse 6	724
10. Rangklasse 7	726
11. Rangklasse 8	726
12. Rangklasse § 110 ZVG	726
VI. Deckungs- und Übernahmegrundsatz	727
VII. Antrag	728
1. Antragserfordernis	728
2. Antragsrecht	728
3. Antragsinhalt	730
a) Bezeichnung des Schuldners	730
b) Bezeichnung des Anspruchs	731
c) Muster Versteigerungsantrag aus dinglichem Recht	733
d) Muster Versteigerungsantrag wegen einer persönlichen Forderung	734
VIII. Prüfung des Antrags	735
IX. Verfahrensanordnung	735
1. Anordnungsbeschluss	735
2. Beschlagsnahmewirkung des Anordnungsbeschlusses	736
X. Beitritt	737
1. Notwendigkeit des Beitritts	737
2. Beitrittsbeschluss	738
3. Wirkungen des Beitrittsbeschlusses	738
XI. Anmeldung von Ansprüchen und Rechten	739
1. Anmeldeerfordernis	739
2. Anmeldemöglichkeiten	741
XII. Festsetzung des Verkehrswertes	742
XIII. Terminbestimmung	743
XIV. Rechtsbehelfe im Zwangsversteigerungsverfahren	744
1. Vollstreckungserinnerung und Sofortige Beschwerde	744
2. Zuschlagsbeschwerde	745
3. Übersichten zu den Rechtsbehelfen in der Zwangsversteigerung	745
a) Entscheidungen vor Beschlussfassung über den Zuschlag	745
b) Entscheidungen nach Beschlussfassung über den Zuschlag	747
D. Grundzüge des Zwangsversteigerungsverfahrens	748
I. Aufhebung des Verfahrens	748
1. Entgegenstehende Rechte, § 28 Abs. 1 ZVG	748
2. Verfügungsbeschränkungen und Vollstreckungsmängel, § 28 Abs. 2 ZVG	751
3. Fehlender Fortsetzungsantrag	753
4. Ergebnislose Versteigerung	754
5. Rücknahme des Versteigerungsantrags	755

6. Dritte Einstellungsbewilligung	756
7. Sonstige Aufhebungsgründe	757
II. Einstweilige Einstellung des Verfahrens	757
1. Mögliche Fallgestaltungen	757
2. Behebbare Verfahrenshindernisse	758
3. Nachweis der Zahlung an die Gerichtskasse	758
4. Deckung des Gläubigers durch ein Einzelgebot	759
5. Nichtabgabe von Geboten	759
6. Einstweilige Einstellung nach § 776 ZPO	760
7. Einstweilige Einstellung nach den Regeln der ZPO	760
8. Einstweilige Einstellung aufgrund Gläubigerbewilligung	760
a) Taktische Überlegungen	760
b) Modalitäten	761
c) Fortsetzung auf Antrag	762
9. Einstweilige Einstellung auf Schuldnerantrag	763
a) Zulässigkeit des Antrags	763
b) Einstellungsaflagen	763
c) Weitere Einstellung	764
10. Vollstreckungsschutz nach § 765a ZPO	764
11. Verfahrenseinstellung bei Insolvenz	765
III. Versteigerungstermin	765
1. Gliederung	765
2. Bekanntmachungsteil	766
3. Bietstunde	766
a) Zeitlicher Umfang	766
b) Gebotsabgabe	767
aa) Wirksamkeitsvoraussetzungen	767
bb) Legitimation des Bieters	768
cc) Bestimmung des Gemeinschaftsverhältnisses	768
c) Gebotsabgabe durch Vertreter	769
d) Anfechtung eines Gebots	770
e) Erlöschen eines Gebots	771
f) Sicherheitsleistung für ein Gebot	772
aa) Berechtigung Sicherheitsleistung zu verlangen	772
bb) Höhe der Sicherheitsleistung	773
cc) Mittel zur Sicherheitsleistung	775
dd) Weitere Modalitäten der Sicherheitsleistung	776
IV. Zuschlag	777
1. Zuschlagsverhandlung	777
2. Zuschlagsversagung	778
a) $\frac{7}{10}$ -Grenze	778
aa) Antragsberechtigung	778
bb) Voraussetzungen	779
cc) Entscheidung des Gerichts	780
dd) Gebot durch einen dinglich Berechtigten	780
b) $\frac{5}{10}$ -Grenze	781
aa) Berücksichtigung von Amts wegen	781
bb) Taktische Erwägungen	782

cc) Weitere Terminierung	783
dd) Gebot durch Ausfallgläubiger	783
c) Zuschlagsversagung wegen Nachweis der Zahlung im Termin	785
d) Sonstige Versagungsgründe	786
3. Zuschlagserteilung	786
a) Zuschlagsmodalitäten	786
b) Wirkungen der Zuschlagserteilung	788
V. Erlösverteilung	789
1. Grundsätze	789
2. Teilungsplan	790
E. Grundzüge der Zwangsversteigerung zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft	791
I. Durchsetzung des Auseinandersetzungsanspruchs	791
II. Anwendungsbereich	791
III. Versteigerungsantrag	793
1. Antragsinhalt	793
2. Antragsberechtigung	794
3. Antragsbeschränkung	794
a) Bruchteilsgemeinschaft	794
b) Zugewinnungsgemeinschaft	795
c) Erbengemeinschaft	795
d) Rechtsmissbrauch	796
4. Antragstellung durch Pfändungsgläubiger	796
IV. Verfahrensgrundsätze	798
1. Beteiligte	798
2. Beschlagnahme	799
3. Kündigungsrecht des Erstehers	799
4. Rechtliches Gehör	799
5. Sicherheitsleistung	800
6. Terminbestimmung	801
7. Vorkaufsrecht	801
8. Wertfestsetzung	801
9. Versteigerungstermin	801
10. Beitritt	802
V. Einstellung des Verfahrens	802
1. Einstellung auf Bewilligung des Antragstellers	802
2. Einstellung nach § 765a ZPO	803
3. Einstellung nach § 180 Abs. 2 ZVG	803
4. Einstellung nach § 180 Abs. 3 ZVG	804
F. Grundzüge des Zwangsverwaltungsverfahrens	807
I. Verfahrenziel	807
II. Verfahrensvoraussetzungen	807
1. Antrag	807
a) Antragsinhalt	807
b) Antragsberechtigung	808
c) Kostenrisiko	808

2. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	809
3. Rechtsschutzbedürfnis	809
III. Verfahrensanordnung	810
1. Beschlagnahme	810
a) Beschlagnahmewirkung	810
b) Beschlagnahmeumfang	811
c) Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis auf den Zwangsverwalter	812
2. Verwalterbestellung	813
a) Auswahl durch das Gericht	813
b) Institutsverwalter	814
c) Eigenverwaltung des Schuldners	815
d) Rechtsstellung des Zwangsverwalters	817
IV. Aufgaben des Zwangsverwalters	817
1. Inbesitznahme des Grundstücks	817
2. Verwaltung des Grundstücks	819
3. Nutzung des Grundstücks	820
4. Geltendmachung beschlagnahmter Ansprüche	822
5. Verwertung der Nutzungen	825
6. Rechnungslegung	825
7. Haftung des Verwalters	826
V. Verwendung und Verteilung der Erträge	828
1. Grundsatz	828
2. Ausgaben der Verwaltung und Kosten des Verfahrens	828
3. Weitere Verteilung der Erträge	830

KAPITEL 5

Die Zwangsvollstreckung wegen sonstiger Ansprüche und Räumungsvollstreckung

835

A. Die Zwangsvollstreckung wegen sonstiger Ansprüche	837
I. Überblick über sonstige Arten der Zwangsvollstreckung	837
II. Die Zwangsvollstreckungen wegen Herausgabeansprüchen und Handlungsverpflichtungen	838
1. Die Vollstreckung zur Herausgabe oder Übereignung einer beweglichen Sache	838
2. Die Vollstreckung zur Vornahme von Handlungsverpflichtungen	839
a) Die Vollstreckung zur Erwirkung einer vertretbaren Handlung	841
b) Die Vollstreckung zur Erwirkung einer unvertretbaren Handlung	842
III. Die Vollstreckung zur Erzwingung von Unterlassungen und Duldungen	843
IV. Die Vollstreckung der Abgabe einer Willenserklärung	845
B. Die Räumungsvollstreckung	846
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	847

II. Vollstreckungstitel zur Räumungsvollstreckung	849
1. Allgemeines	849
a) Räumungstitel gegen mitbeteiligende Dritte	849
b) Wirksamkeit von Titeln nach wiederholter Aussetzung	850
2. Das Räumungsurteil	851
3. Der Räumungsvergleich	852
4. Die notarielle Urkunde	853
a) Die Zweite Zwangsvollstreckungsnovelle	853
b) Abgrenzung zwischen Wohnmiet- und Gewerbemietraum	853
c) Prozessuale Voraussetzungen	854
5. Der Anwaltsvergleich	855
6. Der Zuschlagsbeschluss in der Zwangsversteigerung	856
a) Allgemeines	856
b) Das erloschene Besitzrecht	857
c) Das nicht erloschene Besitzrecht	857
7. Der Räumungsbeschluss im Zwangsverwaltungsverfahren	859
a) Allgemeines	859
b) Zum Meinungsstreit bei der Nichtzahlung von Betriebskosten bzw. Hausgeldern	859
c) Der Räumungsbeschluss	861
d) Der Anordnungsbeschluss als Räumungstitel	861
8. Der Insolvenzeröffnungsbeschluss	862
a) Allgemeines	862
b) Gesetzliche Pfandrechte in der Insolvenz	862
c) Räumungsvollstreckung aus dem Insolvenzeröffnungsbeschluss	863
9. Räumungstitel im einstweiligen Rechtsschutz	865
a) Im Falle verbotener Eigenmacht oder Gefahr für Leib und Leben gemäß § 940a ZPO	865
aa) Allgemeines	865
bb) Verbote Eigenmacht	866
cc) Gefahr für Leib und Leben	866
b) Im Falle der Räumung gegen Unbekannt (Hausbesetzung)	867
aa) Allgemeines	867
bb) Der Antrag	867
cc) Zeitpunkt der Identifizierbarkeit der Antragsgegner	868
dd) Feststellung der Identität der Antragsgegner	869
ee) Fazit	871
10. Räumungstitel nach dem FamFG	871
a) Im Falle der Trennung und Scheidung	871
aa) Allgemeines	871
bb) Das Verfahren	872
cc) Die Vollstreckung	873
b) Gewaltschutzsachen	874
aa) Allgemeines	874
bb) Das Verfahren	875
cc) Die Vollstreckung	876
c) Sonstige Familiensachen	877

aa)	Allgemeines	877
bb)	Räumungsansprüche aus § 266 Abs. 1 FamFG	877
cc)	Verfahrensgang und Vollstreckung	878
III.	Die unterschiedlichen Räumungsmodelle	879
1.	Die klassische Räumung	879
a)	Ablauf der klassischen Räumung	879
aa)	Allgemeines	879
bb)	Vollstreckungsvoraussetzungen und Terminierung	879
cc)	Kostenvorschuss	880
dd)	Richterliche Durchsuchungsanordnung und Vollstreckungsaufschub	882
ee)	Räumung	884
ff)	Drohende Obdachlosigkeit	884
gg)	Behandlung beweglicher Gegenstände	885
hh)	Verwahrung des Räumungsgutes	888
ii)	Verwertung des Räumungsgutes	890
b)	Vor- und Nachteile der klassischen Räumung für den Gläubiger	891
aa)	Vorteile	891
bb)	Nachteile	892
c)	Vor- und Nachteile der klassischen Räumung für den Schuldner	892
aa)	Vorteile	892
bb)	Nachteile	892
2.	Die sogenannte Berliner Räumung	893
a)	Ablauf der Berliner Räumung	893
aa)	Das Vermieterpfandrecht	893
bb)	Räumungsvollstreckung und Vermieterpfandrecht	895
cc)	Aufbewahrung und Verwertung	897
b)	Vor- und Nachteile der Berliner Räumung für den Gläubiger	899
aa)	Vorteile	899
bb)	Nachteile	899
c)	Vor- und Nachteile der Berliner Räumung für den Schuldner	900
aa)	Vorteile	900
bb)	Nachteile	900
d)	Praktische Abwägungsfragen	901
3.	Die sogenannte Hamburger Räumung	902
a)	Ablauf der Hamburger Räumung	902
aa)	Entwicklung des sogenannten Hamburger Modells	902
bb)	Durchführung	903
cc)	Haftungsfragen	904
b)	Vor- und Nachteile der Hamburger Räumung für den Gläubiger	907
aa)	Vorteile	907
bb)	Nachteile	908
c)	Vor- und Nachteile der Hamburger Räumung für den Schuldner	908

aa)	Vorteile.....	908
bb)	Nachteile.....	909
d)	Praktische Hinweise	909
4.	Die sogenannte Frankfurter Räumung	910
a)	Ablauf der Frankfurter Räumung.....	910
aa)	Entwicklung des sogenannten Frankfurter Modells	910
bb)	Voraussetzungen für die Durchführung	910
b)	Vor- und Nachteile der Frankfurter Räumung für den Gläubiger	913
aa)	Vorteile.....	913
bb)	Nachteile	913
c)	Vor- und Nachteile der Frankfurter Räumung für den Schuldner	913
aa)	Vorteile.....	913
bb)	Nachteile	913
d)	Praktische Abwägungsfragen.....	914
IV.	Muster	916
1.	Vollstreckungsauftrag zur sogenannten Berliner Räumung	916
2.	Vollstreckungsauftrag zur Räumung und Pfändung	917
3.	Vollstreckungsauftrag zur Räumung und Pfändung mit Vermögensoffenbarung.....	918
4.	Räumungsprotokoll des Gerichtsvollziehers	921

KAPITEL 6

Grundlagen des Insolvenzrechts

A.	Einleitung	929
I.	Insolvenzrecht als Haftungs- und Vollstreckungsrecht	930
II.	Bedeutung für die Insolvenzgläubiger	932
B.	Grundlagen des Insolvenzrechts	935
I.	Funktion und Bedeutung des Insolvenzrechts	935
II.	Allgemeine Verfahrensgrundsätze	936
1.	Antragsverfahren und Vorliegen von Insolvenzgründen (Dispositionsgrundsatz).....	936
a)	Einleitung	936
b)	Antragsrechte und Antragspflichten	937
aa)	Eigenantrag des Insolvenzschuldners.....	937
bb)	Fremdantrag eines Gläubigers	938
c)	Vorliegen eines Insolvenzgrundes	940
aa)	Drohende Zahlungsunfähigkeit	940
bb)	Eingetretene Zahlungsunfähigkeit	942
cc)	Überschuldung	944
d)	Einsatz eines Sachverständigen	946
2.	Amtsermittlung.....	946
3.	Ergänzende Geltung der Zivilprozeßordnung (ZPO)	947
4.	Rechtsmittel im Insolvenzverfahren.....	948
5.	Der Insolvenzschuldner als Vermögensinhaber und Verfahrenssubjekt	950

6. Gläubigerbeteiligung im Insolvenzverfahren.....	952
7. Bestmögliche Verwertung.....	953
III. Verfahrensorgane und Verfahrensbeteiligte	953
1. Grundsätze.....	953
2. Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzgerichts.....	954
a) Grundlagen	954
b) Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzgerichts im Eröffnungsverfahren.....	955
c) Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzgerichts im eröffneten Insolvenzverfahren	958
3. Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzverwalters	960
a) Grundlagen	960
b) Aufgaben und Befugnisse des vorläufigen Insolvenzverwalters im Eröffnungsverfahren	961
4. Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzverwalters im Regelinsolvenzverfahren.....	962
5. Aufgaben und Befugnisse des Sachwalters bei Eigenverwaltung ..	964
a) Grundsätze	964
b) Aufgaben und Befugnisse eines vorläufigen Sachwalters im Eröffnungsverfahren	964
c) Aufgaben und Befugnisse eines Sachwalters im Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung.....	965
6. Aufgaben und Befugnisse des Gläubigerausschusses	966
a) Grundsätze	966
b) Aufgaben und Befugnisse eines vorläufigen Gläubigerausschusses im Eröffnungsverfahren	967
c) Aufgaben und Befugnisse eines Gläubigerausschusses im Insolvenzverfahren.....	968
7. Aufgaben und Befugnisse der Gläubigerversammlung.....	969
a) Einberufungsgründe	969
b) Antragsberechtigung	970
c) Teilnahmeberechtigung	970
d) Stimmrecht	971
e) Leitung der Gläubigerversammlung	973
f) Abstimmung	973
g) Aufhebung von Beschlüssen	973
h) Auskunftsansprüche.....	974
IV. Verfahrensablauf	974
V. Internationales Insolvenzrecht	977
1. Folgen des grenzüberschreitenden Bezugs von Insolvenzen.....	977
2. Anwendung des europäischen Insolvenzrechts.....	978
3. Grenzüberschreitender Bezug zu nichteuropäischen Staaten	980
VI. Antragsmuster	981
1. Eigenantrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens	981
2. Antrag auf Anordnung der Eigenverwaltung	982
3. Antrag auf Einleitung des Schutzschildverfahrens	982
4. Gläubigerantrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens.....	983

C. Das Regelinssolvenzverfahren im Überblick	984
I. Die Eröffnungsentscheidung des Insolvenzgerichts (§§ 27 ff. InsO)	984
1. Die Eröffnungsentscheidung des Insolvenzgerichts	984
2. Auswahl und Bestellung des Insolvenzverwalters	988
3. Anordnung der Eigenverwaltung	990
4. Allgemeine Wirkungen der Verfahrenseröffnung	990
II. Anmeldeverfahren (§§ 174 f. InsO)	991
1. Anforderungen an die Forderungsanmeldung	991
2. Insolvenzforderungen, Absonderungs- und Aussonderungsrechte	993
3. Tabellenführung durch Insolvenzverwalter und Insolvenzgericht	995
III. Forderungsprüfung (§§ 176 ff. InsO)	995
1. Gesetzliche Ausgangslage	995
2. Vorbereitung, Durchführung und Rechtsfolgen der Prüfung	996
IV. Verwaltung und Verwertung der Insolvenzmasse (§§ 80, 148, 159 InsO)	997
V. Insolvenzanfechtung (§§ 129 ff. InsO)	1000
1. Funktion der Insolvenzanfechtung	1000
2. Gläubigerbenachteiligung	1000
3. Anfechtungsgründe	1002
a) Deckungsanfechtung gemäß §§ 130, 131 InsO	1003
b) Anfechtung unmittelbar benachteiligender Rechts-handlungen gemäß § 132 InsO	1004
c) Anfechtung vorsätzlich benachteiligender Rechtshandlungen gemäß § 133 InsO	1005
d) Anfechtung wegen unentgeltlicher Leistungen gemäß § 134 InsO	1005
e) Anfechtung der Rückführung von Gesellschafterdarlehen gemäß § 135 InsO	1006
4. Rechtsfolgen der Anfechtung	1007
VI. Verteilung der Insolvenzmasse (§§ 187 ff. InsO)	1007
1. Durchführung von Abschlagsverteilungen	1007
2. Schlussverteilung	1011
VII. Beendigung des Insolvenzverfahrens (§§ 197 ff. InsO)	1013
D. Das Insolvenzplanverfahren	1014
I. Einleitung	1014
II. Überblick über die Planerstellungphase	1016
1. Zulässigkeit des Insolvenzplans	1016
2. Vorlageberechtigung und Vorlageverpflichtung	1017
a) Planinitiativrechte gemäß § 218 Abs. 1 InsO	1017
b) Beauftragung des Insolvenzverwalters zur Planerstellung gemäß § 218 Abs. 2 InsO	1018
3. Auswahl des Vorlagezeitpunktes	1019
a) Der sog. „Pre-Packed-Plan“	1019
b) Vorlage des Insolvenzplans im Eröffnungsverfahren	1020
c) Vorlage des Insolvenzplans während des Insolvenzverfahrens	1020
4. Zulässige Planinhalte des Insolvenzplans	1021
a) Übersicht	1021
b) Zwingendes Gesetzesrecht als Gestaltungsgrenze	1021

c) Abweichende Regelung der Befriedigung der Gläubiger	1021
d) Verwaltung und Verwertung der Insolvenzmasse	1022
e) Verteilung des Vermögens	1022
f) Abweichende Regelung der Haftung des Schuldners	1022
g) Zusammenfassung	1023
5. Aufbau eines Insolvenzplans	1023
a) Überblick	1023
b) Inhalt des Darstellenden Teils des Insolvenzplans	1024
c) Inhalt des Gestaltenden Teils	1027
aa) Überblick	1027
bb) Änderung der Rechtsstellungen der Beteiligten	1028
cc) Änderung der Rechte der Absonderungsberechtigten	1028
dd) Änderung der Rechte der Insolvenzgläubiger	1028
ee) Änderung der Rechte der nachrangigen Insolvenzgläubiger	1029
ff) Änderungen der Rechte der Anteilseigner	1029
gg) Änderung der Rechte und Pflichten des Schuldners	1029
hh) Gruppenbildung	1030
ii) Überwachung der Planerfüllung	1030
jj) Kreditrahmenregelung	1031
kk) Beschlüsse der Gläubigerorgane	1032
ll) Minderheitenschutzklausel	1033
mm) Dokumentation	1033
III. Vorprüfung des Insolvenzplans durch das Insolvenzgericht	1034
1. Umfang der Prüfungskompetenz	1034
2. Anhörung von Beteiligten	1036
IV. Das Erörterungs- und Abstimmungsverfahren	1036
1. Erfordernis eines Erörterungs- und Abstimmungstermins	1036
2. Festlegung der Stimmrechte im Abstimmungstermin	1038
3. Abstimmung in Gruppen	1039
4. Mehrheitserfordernisse	1039
5. Ersetzungsbefugnis des Insolvenzgerichts	1039
6. Zustimmung der nachrangigen Gläubiger und des Schuldners	1041
7. Bestätigung des Insolvenzplans durch das Insolvenzgericht	1041
8. Rechtsmittel	1042
9. Wirkungen der Planbestätigung und Aufhebung des Insolvenzverfahrens	1044
a) Wirkungen der Planbestätigung	1044
b) Aufhebung des Insolvenzverfahrens	1045
V. Überwachung der Insolvenzplanerfüllung und Vollstreckung aus dem Insolvenzplan	1046
1. Überwachung der Planerfüllung	1046
2. Die Vollstreckung aus dem Insolvenzplan	1047
VI. Zusammenfassung	1048
E. Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiung	1049
I. Einleitung	1049
II. Einleitung des Verbraucherinsolvenzverfahrens	1050

1. Persönliche Voraussetzungen	1050
2. Antragsvoraussetzungen	1050
3. Verfahrenskostenstundung	1052
a) Grundsatz	1052
b) Personeller Anwendungsbereich der Stundungsvorschriften ..	1052
c) Voraussetzungen für eine Stundung der Verfahrenskosten ..	1053
d) Beschluss des Insolvenzgerichts	1053
III. Außergerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	1054
IV. Gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	1054
1. Einleitung des gerichtlichen Verfahrens	1054
2. Durchführung des gerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens ..	1055
V. Vereinfachtes Insolvenzverfahren	1057
1. Grundsatz	1057
2. Abweichungen gegenüber dem Regelinsolvenzverfahren	1057
3. Durchsetzung der Insolvenzanfechtung	1057
4. Verwertung von Absonderungsgut	1058
5. Abgeltung der Insolvenzmasse durch den Schuldner	1058
VI. Restschuldbefreiungsverfahren	1059
1. Grundsatz	1059
2. Antragstellung durch den Schuldner	1059
3. Verfahren über die Restschuldbefreiung	1059
a) Erteilung/Versagung der Restschuldbefreiung im Beschluss ..	1059
b) Bestellung, Befugnisse und Rechte des Treuhänders	1061
c) Rechtsmittel	1061
d) Rechtswirkungen der Restschuldbefreiung	1062
4. Muster Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung	1063

KAPITEL 7

Die Gläubigeranfechtung außerhalb des Insolvenzverfahrens

	1065
A. Einleitung	1067
B. Abgrenzung zur Anfechtung nach der Insolvenzordnung	1069
I. Grundsätze	1069
II. Übergang von der allgemeinen Gläubigeranfechtung zur Insolvenzanfechtung	1070
1. Behandlung von anfechtenden Insolvenzgläubigern	1070
2. Behandlung von anfechtenden Massegläubigern	1071
3. Behandlung von anfechtenden absonderungsberechtigten Gläubigern	1071
4. Behandlung von anfechtenden aussonderungsberechtigten Gläubigern	1071
III. Überschneidung der Anfechtungstatbestände nach AnfG und InsO	1072
1. Grundsatz	1072
2. Anfechtungstatbestände in InsO und AnfG	1072
C. Das Verfahren zur Durchsetzung der Anfechtung nach dem AnfG	1074
I. Parteien im Verfahren nach dem Anfechtungsgesetz	1074

1. Grundsatz	1074
2. Anfechtung gegen den Rechtsnachfolger	1074
II. Anfechtungsberechtigung eines Gläubigers	1075
1. Vollstreckbarer Schuldtitel	1076
2. Fälligkeit eines Hauptanspruches	1077
3. Unzulänglichkeit des Schuldnervermögens	1078
III. Zeitliche Abgrenzung der Verfahren aus der Sicht des Gläubigers	1078
1. Gläubigersituation vor der Anfechtung bzw. Stellung eines Insolvenzantrages	1078
2. Eröffnung des Insolvenzverfahrens nach Geltendmachung der Anfechtung	1079
IV. Geltendmachung des Anfechtungsanspruchs	1079
1. Vorgehen des Gläubigers gegen den Anfechtungsgegner	1079
2. Vorgehen des Gläubigers gegen Dritte	1081
V. Rechtshandlungen des Schuldners	1081
VI. Objektive Gläubigerbenachteiligung	1082
VII. Anfechtungstatbestände	1082
1. Übersicht	1082
2. Vorsatzanfechtung gemäß § 3 Abs. 1 AnfG	1083
3. Vorsatzanfechtung gemäß § 3 Abs. 2 AnfG	1084
4. Anfechtung unentgeltlicher Leistungen	1086
5. Anfechtung von Rechtshandlungen des Erben	1086
6. Anfechtung der Sicherung oder Befriedigung von Gesellschaftsbedarfen	1087
a) Sinn und Zweck der Anfechtung gemäß §§ 6, 6a AnfG	1087
b) Tatbestand von § 6 AnfG	1088
VIII. Zeitliche Einschränkungen durch Fristen	1090
IX. Gegenansprüche des Anfechtungsgegners	1090
1. Wiederaufleben von Ansprüchen	1090
2. Verwendungs- und Aufwendungsersatzansprüche	1091
X. Sicherung des Anfechtungsanspruchs	1091

KAPITEL 8
Arrest und einstweilige Verfügung

	1093
A. Grundlagen des Arrestes und der einstweiligen Verfügung	1095
I. Verfassungsrechtliche Bedeutung	1095
II. Anordnung und Vollziehung	1096
III. Verhältnis von Arrest und einstweiliger Verfügung	1097
IV. Erkenntnisverfahren	1098
1. Anwendbare Vorschriften	1098
2. Verfahrensantrag	1098
3. Rechtsweg, Zuständigkeit und Vorfragenkompetenz	1099
a) Rechtsweg	1099
b) Schiedsvereinbarung	1099
c) Ausschließliche Zuständigkeit	1100
d) Vorfragenkompetenz	1100
4. Streitgegenstand, Rechtshängigkeit und Rechtskraft	1101

a) Streitgegenstand	1101
b) Rechtshägigkeit	1101
c) Rechtskraft	1103
5. Verfahrensbeteiligte	1104
6. Rechtsschutzbedürfnis	1105
7. Gang des Erkenntnisverfahrens – Verfahrensgrundsätze – Entscheidung	1105
a) Anordnung einer mündlichen Verhandlung – Schutzschrift	1105
b) Verhandlungsgrundsatz, Darlegungs- und Beweislast, Beweisführung	1107
c) Verfügungsgrundsatz	1108
d) Art der Entscheidung	1109
8. Rechtsbehelfe	1109
a) Urteil – Berufung, Einspruch	1109
b) Beschluss – Sofortige Beschwerde, Widerspruch	1110
c) Aufhebungsantrag wegen veränderter Umstände	1111
d) Antrag auf Durchführung des Hauptsacheverfahrens	1113
e) Rechtfertigungsverfahren bei einstweiliger Verfügung	1113
9. Muster: Antrag auf Erlass eines dinglichen Arrestes	1114
10. Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung	1116
B. Anordnung von Arrest und einstweiliger Verfügung	1118
I. Arrest	1118
1. Allgemeines	1118
2. Arrestanspruch	1118
3. Arrestgrund	1120
a) Allgemeines	1120
b) Dinglicher Arrest	1121
c) Persönlicher Arrest	1122
4: Inhalt des Arrestbefehles	1123
II. Einstweilige Verfügung	1124
1: Allgemeines	1124
2. Die Sicherungsverfügung – § 935 ZPO	1125
a) Verfügungsanspruch	1125
b) Verfügungsgrund	1125
3. Die Regelungsverfügung – § 940 ZPO	1126
a) Streitiges Rechtsverhältnis	1126
b) Verfügungsgrund	1127
4. Inhalt der Sicherungs- oder Regelungsverfügung – § 938 ZPO	1128
a) Antragsbindung – Keine Vorwegnahme der Hauptsache	1128
b) Sequestration	1128
c) Verbote	1129
d) Gebote	1130
5. Die Leistungsverfügung	1130
a) Allgemeines	1130
b) Leistungsverfügung auf Zahlung	1131
c) Leistungsverfügung auf Herausgabe einer Sache	1132
d) Einstweilige Verfügung auf Unterlassung von Handlungen	1132

e) Leistungsverfügung auf Abgabe einer Willenserklärung oder Vornahme sonstiger Handlungen	1134
f) Feststellende einstweilige Verfügungen	1136
6. Inhalt der Leistungsverfügung	1136
C. Vollziehung von Arrest und einstweiliger Verfügung	1137
I. Voraussetzungen	1137
1. Allgemeines	1137
2. Allgemeine Vollziehungsvoraussetzungen	1137
a) Titel	1137
b) Klausel	1138
c) Zustellung	1138
3. Einhaltung der Vollziehungsfrist – § 929 Abs. 2 ZPO	1139
a) Allgemeines	1139
b) Beginn und Ende der Frist	1140
c) Wahrung der Frist	1141
aa) Arrest	1141
bb) Einstweilige Verfügung	1142
d) Folgen der Fristversäumung	1144
II. Einzelheiten der Arrestvollstreckung	1145
1. Überblick	1145
2. Vollstreckung des dinglichen Arrestes	1145
a) Vollziehung in das unbewegliche Vermögen – § 932 ZPO	1146
b) Vollziehung in das bewegliche Vermögen – §§ 930, 931 ZPO	1148
aa) Sachpfändung	1149
bb) Forderungspfändung	1150
c) Pfändung eingetragener Schiffe und Schiffsbauwerke	1151
3. Vollstreckung des persönlichen Arrestes	1152
a) Anordnung der Verhaftung	1152
b) Hausarrest	1153
c) Wegnahme von Ausweispapieren	1153
d) Meldepflicht	1153
4. Aufhebung der Arrestvollziehung – § 934 ZPO	1153
III. Einzelheiten der Vollstreckung einstweiliger Verfügungen	1154
1. Sicherungs- und Regelungsverfügungen	1154
2. Leistungsverfügungen	1154
IV. Rechtsbehelfe	1155
V. Schadensersatz – § 945 ZPO	1156
1. Allgemeines	1156
2. Ungerechtfertigte Anordnung	1156
3. Aufhebung nach § 926 Abs. 2 oder § 942 Abs. 3 ZPO	1158
4. Vollziehungs- und Vollziehungsabwehrungsschaden	1159
 KAPITEL 9	
Die Kosten der Zwangsvollstreckung	
	1161
A. Die Kostenpflicht des § 788 ZPO	1163
I. Grundlagen	1163
II. Begriffsdefinition	1164

1. Vorbereitungskosten	1164
2. Durchführungskosten	1164
II. Notwendige Kosten	1165
III. Kostenschuldner	1166
IV. Betreibung der Kosten	1166
V. Rechtsbehelfe	1168
VI. Kostenfestsetzung	1168
1. Zuständigkeiten	1169
2. Das Festsetzungsverfahren	1171
a) Verfahrensrecht	1171
b) Inhaltliche Prüfung	1172
c) Entscheidung und Rechtsmittel	1173
VII. Erstattungsanspruch des Schuldners	1173
1. Einschränkungen	1174
2. Inhalt des Erstattungsanspruchs	1174
3. Geltendmachung des Anspruchs	1174
VIII. Billigkeitshaftung des Gläubigers	1175
IX. Vergütungsfestsetzung nach § 11 RVG	1176
X. Muster Antrag auf Festsetzung von Vollstreckungskosten	1176
 B. Gerichtskosten	 1179
I. Kostenrechtliche Gründlagen	1179
1. Gebühren- und Auslagenatbestände	1179
2. Fälligkeit	1179
3. Kostenschuldner	1180
a) Antragsteller	1180
b) Entscheidungs- oder Übernahmeschuldner	1180
c) Spezielle Vollstreckungsverfahren	1181
4. Vorauszahlungs- bzw. Vorschusspflicht	1181
a) Vorauszahlung	1181
b) Vorschüsse	1182
II. Gerichtskosten für gerichtliche Handlungen	1182
1. Gebühren erster Rechtszug	1182
2. Auslagen	1186
a) Dokumentenpauschale	1186
b) Pauschale für Zustellungen	1186
c) Öffentliche Bekanntmachungen	1187
d) Sachverständigenvergütung	1187
e) Weitere Auslagen	1187
3. Beschwerden und Rechtsbeschwerden	1187
a) Verteilungsverfahren	1187
b) Sonstige Beschwerden	1188
c) Rechtsbeschwerde	1188
d) Auslagen für das Beschwerdeverfahren	1189
III. Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung, Zwangsliquidation einer Bahneinheit	1189
1. Zwangsversteigerung	1189
a) Anordnung der Zwangsversteigerung	1189

b) Durchführung des Zwangsversteigerungsverfahrens	1190
2. Zwangsverwaltung	1193
3. Zwangsliquidation einer Bahneinheit	1194
4. Beschwerden und Rechtsbeschwerden	1195
a) Beschwerde gegen die Anordnung	1195
b) Sonstige Beschwerden	1196
c) Rechtsbeschwerden	1196
IV. Insolvenzverfahren	1197
1. Eröffnungsverfahren	1198
a) Gebühren	1198
b) Auslagen	1199
c) Fälligkeit und Kostenschuldner	1199
d) Abweisung mangels Masse	1200
2. Durchführung des Insolvenzverfahrens	1200
a) Antrag des Schuldners	1200
b) Antrag eines Gläubigers	1201
c) Fälligkeit und Kostenschuldner	1201
3. Besonderer Prüfungstermin und schriftliches Prüfungsverfahren	1202
4. Restschuldbefreiung	1202
5. Beschwerden und Rechtsbeschwerden	1203
a) Sofortige Beschwerden	1203
b) Sonstige Beschwerden	1203
c) Rechtsbeschwerden	1204
6. Der Auslagentatbestand KV 9017 GKG	1204
a) Kostenstundung gem. § 4a InsO	1205
b) Erhebung der Kosten bei Kostenstundung	1205
V. Arrest und einstweilige Verfügung	1206
VI. Gebührentatbestände nach dem FamGKG	1206
1. Vollstreckung durch das Familiengericht	1206
2. Gebühren und Auslagen nach dem FamGKG	1206
C. Gerichtsvollzieherkosten	1209
I. Gesetzliche Grundlagen	1209
1. Der Aufbau des GvkostG	1209
2. Kosten- bzw. Gebührenfreiheit	1210
3. Fälligkeit der Kosten	1210
4. Kostenschuldner	1210
5. Erhebung eines Vorschusses	1211
a) Höhe des Vorschusses	1211
b) Rechtsbehelfe gegen die Anordnung eines Vorschusses	1213
II. Gebühren und Auslagen für die Tätigkeit des Gerichtsvollziehers	1213
1. Zusammenwirken von § 3 und § 10 GvKostG	1213
2. Der Auftrag als Oberbegriff	1214
a) Ein Auftrag kraft Gesetzes	1215
b) Kombi-Auftrag	1216
c) Vorpfändung	1217
3. Erteilung des Auftrags	1217
4. Durchführung des Auftrags	1217

a)	Unterstellung der Auftragsdurchführung	1217
b)	Aufenthaltsort des Schuldners nicht bekannt	1218
c)	Rücknahme des Antrages	1219
5.	Abgeltungsbereich der Gebühren	1219
	a) Das Kostenverzeichnis zum GvKostG	1219
	b) Zustellung auf Betreiben der Parteien	1220
	c) Vollstreckung	1221
	aa) Pfändung	1222
	bb) Gültige Erledigung	1223
	cc) Vermögensauskunft und Vermögensverzeichnis	1223
	dd) Kombi-Auftrag	1224
	d) Verwertung	1225
	e) Besondere Geschäfte	1226
	f) Nicht erledigte Amtshandlung	1227
	g) Erfüllung der gebührenrechtlichen Voraussetzungen	1228
	h) Nichterhebung der Erledigungsgebühr	1229
	i) Auslagen	1230
	aa) Dokumentenpauschale	1232
	bb) Entgelte für Zustellungen mit Zustellungsurkunde	1232
	cc) Pauschale für die Benutzung des eigenen Beförderungsmittels	1232
	dd) Wegegeld	1233
	ee) Auslagenpauschale	1234
III.	Beitreibung der Kosten	1234
D.	Rechtsanwaltskosten	1235
I.	Gesetzliche Grundlagen	1235
II.	Auftrag und Angelegenheit in der Vollstreckung	1236
1.	Der Auftrag	1236
2.	Die Angelegenheit	1236
	a) Angelegenheit Vollstreckung	1237
	b) Vollstreckungsangelegenheit im Verhältnis zur Hauptsache	1238
	c) Einzelne oder mehrere Vollstreckungsangelegenheiten	1239
	d) Nur dem Vollstreckungsverfahren zugehörig	1241
III.	Allgemeine Vollstreckung	1242
1.	Gegenstandswerte	1242
	a) Pfändung eines bestimmten Gegenstands	1242
	b) Pfändung von Arbeitseinkommen	1243
	c) Verteilungsverfahren	1244
	d) Wert bei herauszugebenden oder zu leistenden Sachen	1244
	e) Handlung, Duldung oder Unterlassung	1245
	f) Vermögensauskunft	1245
2.	Gebühren und Auslagen	1245
	a) Die Verfahrensgebühr	1245
	b) Die Terminsgebühr	1248
	c) Auslagen	1248
IV.	Weitere Gebühren in Vollstreckungsangelegenheiten	1249
1.	Die Einigungsgebühr	1249

2.	Die Beratungsgebühr	1250
3.	Die Geschäftsgebühr:	1251
4.	Die Hebegebühr	1252
V.	Zwangsvorsteigerung und Zwangsverwaltung	1253
1.	Gegenstandswert in der Zwangsvorsteigerung	1253
a)	Vertretung des Gläubigers oder eines anderen nach § 9 Nr. 1 und 2 ZVG Beteiligten	1253
b)	Vertretung eines anderen Beteiligten, insbesondere des Schuldners	1253
c)	Vertretung eines Bieters, der nicht Beteiligter ist:	1254
2.	Gegenstandswert in der Zwangsverwaltung	1254
3.	Gebühren in Zwangsvorsteigerungs- und Zwangsverwaltungs- verfahren	1255
a)	Verfahrensgebühr	1255
b)	Erhöhung der Gebühr	1255
c)	Gebühr auslösender Tatbestand	1256
d)	Terminsgebühr	1256
VI.	Insolvenzverfahren	1257
1.	Vorbemerkung zu den Gebührentatbeständen	1257
2.	Der Gegenstandswert im Insolvenzverfahren	1257
a)	Wert der Insolvenzmasse	1257
b)	Nennwert der Forderung	1258
c)	Bestimmung nach billigem Ermessen	1258
3.	Gebühren im Insolvenzverfahren	1258
a)	Eröffnungsverfahren	1259
b)	Verfahren über den Schuldenbereinigungsplan	1259
c)	Vertretung im eröffneten Insolvenzverfahren	1259
d)	Vertretung im Verfahren über einen Insolvenzplan	1260
e)	Versagung oder Widerruf einer Restschuldbefreiung	1260
4.	Terminsgebühr	1260
5.	Außergerichtliche Vertretung	1261
VII.	Gebühren im Verteilungsverfahren nach der Schifffahrts- rechtlichen Verteilungsordnung	1261
1.	Zum Verfahren	1261
2.	Anwaltsvergütung	1262
VIII.	Beschwerdeverfahren in Vollstreckungsangelegenheiten	1263
1.	Der Gegenstandswert	1263
2.	Gebühren und Auslagen	1263
	Sachverzeichnis	1265